

Arbeitsgruppe 6

Rechtsumsetzung in der Praxis – Gerechte Rechtsanwendung von SGB II / XII

Moderation: Johannes Lippert

hier: Diskussionsbeiträge

In der Arbeitsgruppe wurde u. a. aus den Erfahrungen der Teilnehmerinnen / Teilnehmer auf folgende praktischen Punkte hingewiesen:

- Hinsichtlich der Zuständigkeit der Leistungserbringung bei Personen, deren g. A. unklar ist, haben sich praktische Probleme bisher nicht ergeben. Leistungen werden entweder im Rahmen des SGB II oder des SGB XII erbracht. Allerdings zeichnet sich ab, dass in der praktischen Durchführung durch organisatorische Maßnahmen (Zusammenfassung von Barauszahlungen an einen Standort innerhalb eines Kreises, Beschränkung der Auszahlung auf bestimmte Wochentage oder Zeiträume usw.) Hemmnisse ergeben, die eine tatsächliche Realisierung der bestehenden Ansprüche für die Betroffenen zumindest erheblich erschweren, häufig aber auch dazu führen, dass diese von der Realisierung der Ansprüche abgehalten werden.
- Zu § 7 Abs. 4 sind bundesweit die unterschiedlichsten Auslegungen und Verfahrensweisen anzutreffen. Hier besteht offenbar auch auf Seiten der Leistungsträger noch keine einheitliche Rechtsauffassung.
- Soweit bei § 7 Abs. 4 eine prognostische Bewertung der voraussichtlichen Dauer des Aufenthaltes erfolgt ergeben sich gelegentlich Schwierigkeiten bei der Berechnung der Frist. Dies gilt insbesondere dann, wenn zwischen verschiedenen Einrichtungen relativ nahtlos gewechselt wird oder aus der JVA in eine stationäre Einrichtung der Wohnungslosenhilfe gewechselt wird.
- Höchst problematisch ist die Kumulation von Verrechnungen und Sanktionen. Es wird über Fälle berichtet, in denen darlehensweise Hilfe mit der Folge einer entsprechenden Tilgung aus der Regelleistung in Verbindung mit Kürzungsregelungen aufgrund von Sanktionen bzw. der Kumulation der Rückzahlung aus mehreren Darlehen verfahren wird.
- Im Bereich der Abgrenzung zwischen den Leistungen der Hilfen nach dem SGB II und zu den Leistungen nach dem 8. Kapitel des SGB XII sind vor Ort erhebliche Unsicherheiten festzustellen. Teilweise wird die Auffassung vertreten, dass bei Erwerbslosen unter dem Gesichtspunkt der psychosozialen Leistungen nach § 16 Abs. 2 SGB II grundsätzlich Leistungen nach dem 8. Kapitel SGB XII nicht in Betracht kommen.

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe sahen einen dringenden Änderungsbedarf mit einer Klarstellung in den gesetzlichen Regelungen zum Verhältnis der Leistungen nach dem SGB II zu denen nach dem SGB XII.

Zum Diskussionsstand innerhalb der BAG Wohnungslosenhilfe der auf der Basis der Ergebnisse der Beratung im Gesamtvorstand der AG vorgestellt wurde, wurden u. a. folgende Meinungen geäußert:

- Der aufgestellte Grundsatz wurde von einem kleinen Teil der Teilnehmer als äußerst problematisch betrachtet. Hier wurde darauf hingewiesen, dass häufig die besonderen sozialen Schwierigkeiten zunächst so ausgeprägt sind, dass Leistungen mit dem Ziel der Integration in das Arbeitsleben mangels Erfolgsaussicht überhaupt nicht in Betracht kommen würden.
- Ferner wurde eine Präzisierung der Zusammenarbeit zwischen Fallmanager und sozialem Dienst in Fällen der Zugehörigkeit zu Personen mit besonderen Problemlagen gefordert sowie eine verbindliche Klarstellung der Zulässigkeit von Datentransfer zwischen den Beteiligten Diensten.
- Hinsichtlich der Einführung einer Öffnungsklausel im SGB II, die auch eine nach oben abweichende Bemessung des Regelbedarfes zulässt, war die Meinung der Teilnehmer der AG gespalten. Die angeführten Beispiele wann eine derartige Abweichung in Betracht kommen könnte, wurden überwiegend dahingehend gewertet, dass es vermutlich sinnvoller sei, den Katalog der einmaligen Leistungen im SGB II zu erweitern. Eine Öffnungsklausel hinsichtlich abweichender Bemessungen der Regelleistungen berge die Gefahr in sich, dass dann auch eine Abweichung nach unten möglich ist und davon extensiver Gebrauch gemacht werde als von dem gegenteiligem Fall.
- Hinsichtlich der Frage der Bemessung der angemessenen Kosten der Unterkunft wurde eine Klarstellung im Gesetz für erforderlich gehalten, dass nicht nur die Kaltmiete und die Heizkosten als Unterkunftsbedarf im Sinne von SGB II bzw. § 34 SGB XII zu verstehen sind, sondern auch ggf. Schulden aus unterkunftsbezogenen Aufwendungen wie Energie.

Münster, im Dezember 2005

Johannes Lippert, Landschaftsverband Westfalen-Lippe